



# HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2022

Plenum

## Dringlicher Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### **Ukrainische Schutzsuchende in Hessen umfangreich unterstützen – Landesregierung muss sich zu ihrer Verantwortung gegenüber Kommunen bekennen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Landeskoordinator zu benennen, der gemeinsam mit den Kommunen die Versorgung der Schutzsuchenden aus der Ukraine organisiert und dafür Sorge trägt, dass die Infrastruktur für einen sicheren Aufenthalt gewährleistet wird. Im Fokus dieser Tätigkeit steht vor allem die ressortübergreifende Kommunikation. Der Landeskoordinator soll auch auf Bundes- und europäischer Ebene tätig sein.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, eine rasche Registrierung der in Hessen eintreffenden Schutzsuchenden aus der Ukraine zu garantieren. Nur mithilfe der Aufnahme der Geflüchteten in ein System kann sichergestellt werden, dass die Menschen Zugang zu elementaren Grundleistungen wie Wohnraum und Sozialleistungen erhalten, die ihnen seit der Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie zustehen. Sozialhilfen sind den registrierten Schutzsuchenden rechtzeitig auszuzahlen, damit diese in der ohnehin angespannten Situation nicht in finanzielle Engpässe geraten. Darüber hinaus schützt eine solche Registrierung Kinder und Frauen, welche den Großteil der Geflüchteten ausmachen, und hilft weiterhin bei der Suche nach Angehörigen, die während der Flucht aus der Ukraine verloren gegangen sind.
3. Die hessischen Kommunen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Landesregierung muss daher dafür Sorge tragen, die Kapazitäten zur Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen zentral zu steuern und bei Bedarf auszubauen. Die Nutzung von Orten wie Sporthallen ist dabei so flexibel zu gestalten, dass diese erst bei Belegung gesperrt werden und eventueller Leerstand nicht die Nutzung für Sport- und Freizeitaktivitäten verhindert. Im Rahmen der Unterbringung ist darauf zu achten, dass die Unterkünfte sowohl mit WLAN ausgestattet als auch eine bedarfsgerechte Unterbringung geflüchteter Menschen mit Behinderung sichergestellt wird. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf, die Kommunen und die ehrenamtlich Helfenden bei der Gewährleistung der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung der Schutzsuchenden zu unterstützen. Auch ist über das den Kommunen für jeden Geflüchteten zugewiesene Integrationsgeld hinaus zu überprüfen, ob die private Unterbringung von ukrainischen Schutzsuchenden gefördert werden kann, um Privathaushalten zusätzlich anfallende Kosten zu kompensieren. Durch die Landesregierung ist auch der Bedarf an längerfristig nutzbarem Wohnraum und Wohnungen zu prüfen.
4. Um sicherzustellen, dass ukrainischen Kindern und Jugendlichen der Bezug zur Ukraine sowie zur ukrainischen Sprache erhalten bleibt, braucht es geeignete Angebote zur Ergänzung des regulären Schulbesuchs. Dafür sollten über bestehende Angebote hinaus ukrainische Eltern und Organisationen bei Bildungsangeboten wie beispielsweise Samstagschulen unterstützt werden.
5. Um weiterhin sicherzustellen, dass erwachsene Schutzsuchende aus der Ukraine am sozialen und wirtschaftlichen Leben in Hessen teilnehmen, sind Maßnahmen in die Wege zu leiten, welche den Menschen Zugang sowohl zu Sprachkursen als auch Erwerbstätigkeit von der Ausbildung bis hin zu Selbstständigkeit ermöglicht.
6. Da für den Einstieg in die Erwerbstätigkeit sowie für Aufnahme und Fortsetzung eines Studiums oft eine kostspielige Zeugnisbewertung nötig ist, ist die Landesregierung aufgefordert, die Kosten der Zeugnisbewertung für ukrainische Geflüchtete zu übernehmen.

7. Die Ukraine und ihre Nachbarländer sowie die ost- und ostmitteleuropäischen Länder in Gänze haben die Ukraine in den vergangenen Wochen und Monaten finanziell umfassend unterstützt, sodass erhebliche Haushaltsdefizite die Folge sind. Hier ist von Seite der hessischen wie auch der deutschen Wirtschaft darüber nachzudenken, inwiefern der Außenhandel mit den entsprechenden Ländern verstärkt werden kann, um ihnen so bei der Beseitigung dieser Haushaltsdefizite zu helfen und zum Wirtschaftswachstum beizutragen.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf eine regionale Partnerschaft einzugehen. Im Rahmen dieses Programms soll das Land Hessen eine ukrainische Region beim Wiederaufbau unterstützen.
9. Die hessische Justiz hat sich an der Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Völkermord durch die russische Invasion zu beteiligen. Neben der Erfassung von Augenzeugenberichten durch Zeugenbefragungen soll auch eine Infrastruktur etabliert werden, welche das sichere Hochladen von Fotos und Videos erlaubt. Prozesse innerhalb der hessischen Staatsanwaltschaften müssen optimiert und Kräfte in den Kommunen vor Ort sensibilisiert werden, um sicherzustellen, dass die hessische Justiz ihren Anteil daran leistet, Kriegsverbrechen und Völkermord in der Ukraine aufzuklären und strafrechtlich zu verfolgen.

Wiesbaden, 11. Mai 2022

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**